

<http://www.derwesten.de/staedte/warstein/land-soll-lep-entwurf-zurueckziehen-id9175689.html>

ENTWICKLUNG

Land soll LEP-Entwurf zurückziehen

29.03.2014 | 09:00 Uhr



Keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr? Waldhausen.

Foto: Hans Blossey

Die CDU-Fraktion hat Sorgen um die Zukunft der kleinen Ortsteile und des Flughafens Paderborn-Lippstadt. Denn der geplante Landesentwicklungsplan sieht keine weitere Förderung mehr für kleine vor, der Flughafen soll zurückgestuft werden.

Die Warsteiner Ortsteile Waldhausen und Mülheim, Hirschberg und Niederbergheim haben eines gemeinsam – alle vier Ortsteile haben weniger als 2000 Einwohner und würden stark in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt, wenn der neue Landesentwicklungsplan (LEP) nach seinem jetzigen Entwurf in Kraft treten würde. „Die Landesregierung gefährdet mit ihrem LEP-Entwurf die Entwicklung in Warstein“, moniert daher die CDU-Fraktion und will daher in der nächsten Ratssitzung eine Resolution auf den Weg bringen, in der die NRW-Regierung aufgefordert wird, den Entwurf zurückzuziehen und grundlegend zu überarbeiten.

Diese soll eine weitere Resolution ergänzen, die sich mit dem LEP beschäftigt und die der Rat am Montag absegnen soll: Darin appelliert die Stadt Warstein an die Landesregierung, sich zu der landesweiten Bedeutung des Flughafens Paderborn-Lippstadt zu bekennen und von der Einstufung als lediglich regional bedeutsamen Flughafen abzusehen.

Entwicklung Warsteins

Gegen eine Einschränkung der kommunalen Planungshoheit, wie sie der LEP-Entwurf beinhaltet, will sich die CDU mit ihrem Resolutions-Entwurf einsetzen. Hinzu komme, dass die eigenverantwortliche Entwicklung der Kommunen erschwert werde, befürchten die Christdemokraten.

Vor allem die Festlegungen für den Siedlungsraum schränken die Entwicklungschancen für die Stadt Warstein unangemessen ein. Gefordert wird daher, den LEP dahingehend zu ändern, „dass eine nachhaltige Entwicklung von Siedlungs- und Verkehrsflächen möglich ist und die Kommunen die Verantwortung für die Entwicklung ihrer Gemeinde im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit wahrnehmen können.“ Daher werde die Vorgabe des Fünf-Hektar-Zieles als raumplanerische Festlegung abgelehnt.

Abgelehnt wird ebenfalls der Grundsatz, mit dem ein Anwachsen kleinerer Ortsteile ohne bedeutsame Infrastruktur und mit weniger als 2000 Einwohnern nicht unterstützt werden soll.

Laut Landesentwicklungsplan sollen diese kleinen Ortsteile auf die Eigenentwicklung beschränkt werden, um eine langfristige Sicherung der Zentralorte zu gewährleisten. Die kleineren Ortsteile sollen hingegen strikt auf ihre Eigenentwicklung und die Tragfähigkeit der vorhandenen Infrastruktur beschränkt werden. „Mit diesem Konzept wird die Entwicklung über Gebühr eingeschränkt“, heißt es in der Resolution. Man dürfe den kleinen Orten nicht jedwede Entwicklungsperspektive nehmen.

Flughafen Paderborn

Die Einstufung als regional bedeutsam, gegenüber den landesbedeutsamen Luftlandeplätzen, nehme dem heimischen Flughafen die Möglichkeit, sich zu entwickeln, dürfen regional bedeutsame Einrichtungen doch nur bedarfsgerecht und in Abstimmung mit landesbedeutsamen Flughäfen gesichert werden.

Die Stadt befürchtet, dass durch den Landesentwicklungsplan eine Zweiklassengesellschaft unter den Flughäfen Nordrhein-Westfalens entstehen würde, ohne dass es Kriterien für die Unterscheidung der Flughäfen gebe. Die IHK Ostwestfalen habe festgestellt, dass Paderborn-Lippstadt eine herausragende Bedeutung habe, da der heimische Flughafen von regionalen Unternehmen regelmäßig genutzt werde. „Der Luftverkehrsanschluss ist das A und O für eine exportstarke Region“, betont die IHK. Trage dieser doch maßgeblich zur Sicherung der heimischen Betriebe, und damit von Arbeitsplätzen, bei.

„Die landesweite Bedeutung des heimischen Airports ergibt sich darüber hinaus aus der überregionalen Nutzung des Charterverkehrs und der Funktion als Ausweichflughafen im landesweiten Luftverkehrssystem“, so die Stadt weiter in ihrer Begründung, warum das Land den Flughafen planerisch fördern und uneingeschränkte Entwicklungsperspektiven für die Zukunft zu ermöglichen.

Bleibe es bei der Einstufung als lediglich regional bedeutsam, „käme das einem verordneten Entwicklungsstillstand mit sehr negativen Folgen der gesamten südöstlichen Hälfte von NRW gleich“.

Tanja Frohne